

Dr. Gerhard Treiber

Maßnahmen zur Verringerung der ökonomischen Ungleichheit

Vorbemerkungen zu Begrifflichkeit und Fragestellung:

Gleichheit ist, seitdem sie mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der Französischen Revolution zum demokratischen Grundprinzip erhoben wurde, immer wieder missverstanden worden. Gleichheit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass es keine Unterschiede zwischen den Menschen in Hinsicht auf ihre biologischen, sozialen, kulturellen usw. Voraussetzungen gibt. Gleichheit ist vielmehr vor dem Gesetz einzumachen, insofern die Unterschiede zwischen den Menschen keine legitime Ungleichbehandlung rechtfertigen. In ökonomischer Hinsicht ist die Verteilung von Einkommen, Vermögen und gesellschaftlicher Einflussnahme sowie das Ausmaß der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben von Bedeutung. Es besteht zwar nicht die Notwendigkeit, dass Einkommen und Vermögen innerhalb einer Gesellschaft und im globalen Kontext völlig gleich verteilt sind, damit Glück und Gerechtigkeit möglich sind. Aber erstens unterwandert eine zu große Ungleichverteilung die Demokratie, da Vermögen ab einer bestimmten Größenordnung die politische Einflussnahme des Besitzers stark erhöht und somit die Gleichwertigkeit jeder Stimme im demokratischen Prozess konterkariert. Zweitens ist Ungleichheit, die ein gewisses Maß überschreitet, durch keine ethischen Prinzipien zu rechtfertigen, sondern gefährdet den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Denn das vom Neoliberalismus viel gepriesene Prinzip der Leistungsgerechtigkeit kann nicht glaubhaft rechtfertigen, dass beim Einkommen zwischen Mindestlohnbeziehern und Spitzenmanagern Unterschiede bestehen, die das Hundertfache und mehr betragen. Mein Beitrag möchte sich daher mit den konkreten ökonomischen Rahmenbedingungen beschäftigen, die dafür Sorge tragen, dass sich die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen innerhalb einer Gesellschaft in Grenzen hält.

Konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Ungleichheit:

Mindesteinkommen und Höchstgrenzen bei Managergehältern

Da die Ungleichheit von Einkommen durch den sehr großen Unterschied der Verhandlungsmacht der verschiedenen Teilnehmer am Arbeitsmarkt herrührt, darf die Festlegung der Höhe der Einkommen nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern es muss einerseits die Möglichkeit gegeben sein, durch kollektive Organe der Arbeitnehmervvertretung (Gewerkschaften) Mindesteinkommen und faire Gehaltsabstufungen festzulegen. Andererseits sollten gesetzliche Obergrenzen für die Bezüge von Managern gezogen werden können und die Bonuszahlungen von Managern sollten sich nicht an kurzfristigen Erfolgen (z.B. Aktienkurs), sondern an langfristigen Entwicklungen orientieren müssen.

Progressive Einkommensteuer

Um der Ungleichheit beim Primäreinkommen entgegenzuwirken, sollte eine ausgeprägte Progression bei der Besteuerung von Einkommen dafür sorgen, dass die Kluft geringer wird und somit mehr

Gleichheit hergestellt wird. Dieser Effekt sollte auch nicht durch eine Begünstigung bei den Sonderzahlungen und durch die regressive Ausgestaltung der Sozialversicherungsbeiträge konterkariert werden.

Einführung einer Vermögenssteuer und höhere (progressive) Besteuerung von Kapitaleinkommen:

Da die Besitzer von großen Vermögen in der Regel nicht durch Erwerbsarbeit zu ihrem Besitz kommen, sondern von der Möglichkeit der Verzinsung von Kapital zehren, die ihnen unabhängig von der Notwendigkeit der Arbeitsleistung zu Einkommen verhilft, sollten sie als Ausgleich für dieses Privileg einerseits Steuerabgaben für ihr Vermögen (ab einer fairen Freigrenze) leisten und andererseits gleichwertige Abgaben (wie sie für Arbeitseinkommen bestehen) für ihr Einkommen aus Kapitalverzinsung an die Gesellschaft abführen.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Die Möglichkeit, Vermögen durch Vererbung oder Schenkung an die nächste Generation weiterzugeben, führt zu sehr ungleichen Voraussetzungen, die die Menschen für die Entfaltung ihrer Möglichkeiten haben. Deshalb wäre es sinnvoll, eine Erbschaftssteuer mit fairen Freibeträgen wieder einzuführen. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass die Ungleichheit über mehrere Generationen exponentiell anwächst und zur völligen Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts führt.

Weitere Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit:

Ganz besonders wichtig, um die Ungleichheit in einer Gesellschaft nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, ist ein funktionierendes Sozialsystem und die staatliche Gewährleistung einer funktionierenden Infrastruktur. Denn nur dadurch ist die größtmögliche Chancengleichheit für alle Bürger gewährleistet, an den Errungenschaften der modernen Gesellschaft teilzuhaben. Dazu gehören insbesondere:

- Freier und gleicher Zugang zu Bildung (Pflichtschulen und Hochschulen)
- Gleicher Zugang zur Gesundheitsversorgung
- Soziale Absicherung gegen die Folgen von Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter
- Zugang aller Menschen zu Wasser, Elektrizität, Telekommunikation usw. (Daseinsvorsorge)

Der Autor:

Dr. Gerhard Treiber ist ehemaliger Betriebsrat, Mitglied des Steuerbeirats der GPA-djp und engagiert in der Steuer- und Finanzmarktgruppe von ATTAC Österreich.